



Eine nie dagewesene Herausforderung:

Corona!

Heute haben wir in der CDU/CSU-Fraktionssitzung gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die großen Herausforderungen der globalen Coronavirus-Pandemie diskutiert. Deutschland steht vor einer komplexen und beispiellosen Situation.

Ziel ist es, gemeinsam die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Verbreitung des Coronavirus' in einen geordneten Verlauf zu bringen. Nur so versetzen wir unsere Krankenhäuser in die Situation, die notwendigen Kapazitäten für die Versorgung bereitzustellen.

Meinen besonderen Dank richte ich an alle, die ihren Dienst in den Krankenhäusern, Forschungs- und Pflegeeinrichtungen zuverlässig und qualifiziert leisten – und das jeden Tag aus Neue.

Wir fahren mit Augenmaß auf Sicht, damit wir keine italienischen Verhältnisse bekommen.

Wir haben in Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme und die Situation weitaus früher erkannt als in Italien.

Zurzeit ist aber nicht absehbar, in welchem Umfang das Corona-Virus Unternehmen in Deutschland treffen wird und welche Auswirkungen das auf den Arbeitsmarkt haben wird. Daher haben wir im Deutschen Bundestag umgehend wichtige Entscheidungen getroffen. Wo die Arbeit kurzfristig eingestellt werden muss, da hilft das schon in früheren Krisen bewährte Instrument der Kurzarbeit.

Liquiditätshilfen für Unternehmen und ein unbegrenzter Garantierahmen durch den Staat für KfW-Kredite werden kommen, um große Einnahmeausfälle kompensieren zu können.

Ich habe die Bundesministerin der Verteidigung aufgefordert, sicherzustellen, dass die Bundeswehr bei Anforderung im Rahmen der Amtshilfe durch Kommunen umgehend unterstützen kann. Ob als helfende

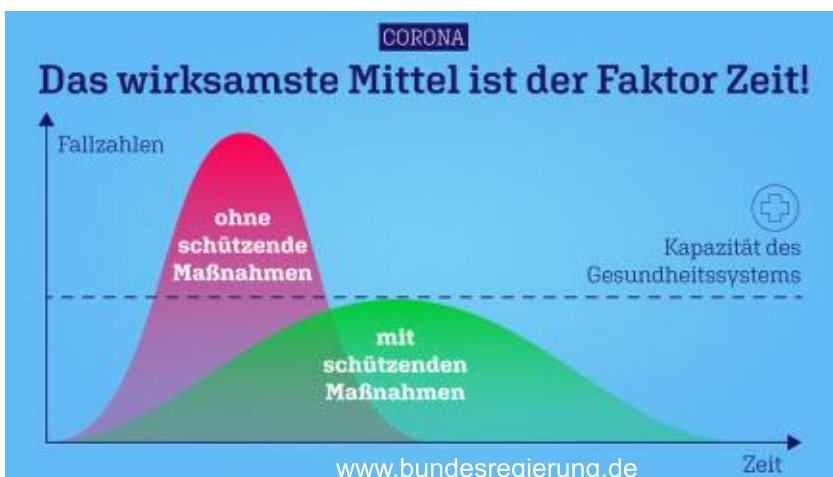
Hände oder mit der Errichtung von Feldlazaretten. Dabei muss der Schutz unserer Soldaten gewährleistet sein.

In Niedersachsen und weiteren Bundesländern schließen ab Montag für bis 18. April die Schulen. Diese Entscheidung ist richtig. Auch wenn Kinder häufig symptomfrei bleiben, können sie die Viren weitertragen. In dringenden Fällen müssen Betreuungsangebote sichergestellt werden.

Auch die CDU trifft Vorkehrungen, um die Ausbreitung zu verlangsamen.



Der CDU-Bundestag zur Nominierung unseres neuen Vorsitzenden sowie auch Veranstaltungen auf Kreis-ebene wurden verschoben. Diese werden nachgeholt, sobald die epidemische Lage



dies gestattet.

Ich danke allen, die in den Krankenhäusern, Laboren und Pflegeheimen ihre Arbeit tun. Diese Arbeit ist so unglaublich wertzuschätzen. Sie ist eine ganz wichtige Säule in der Bekämpfung dieser Situation.

Aber auch jeder Einzelne ist gefordert. Jeder muss sich fragen, wie man mit Kontakten im öffentlichen Raum umgeht. So zeigen Sie Solidarität älteren und vorerkrankten Menschen gegenüber. Wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt, werden wir gemeinsam die Situation meistern. **Bitte bleiben Sie gesund!**

Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Landwirte in Berlin	Seite 3
Gesetz zum Umgang mit Wölfen	Seite 4



Neues aus dem Bundestag

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID). Wir verlängerten das Mandat der Bundeswehr in Darfur in 2./3. Lesung. Das Mandat zielt darauf, die sudanesischen Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfurkonflikts zu unterstützen. Damit leistet die Bundeswehr einen weiteren Beitrag zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am 31. Oktober 2019 das Mandat von UNAMID einstimmig um ein weiteres Jahr bis zum 31. Oktober 2020 verlängert. Konkret soll die Mandatsobergrenze von zuletzt 50 auf nunmehr 20 einzusetzenden Soldaten reduziert werden. Das Bundestagsmandat soll diesmal um lediglich 9 Monate bis zum 31. Dezember 2020 verlängert werden, um einen Übergangsrahmen zu einer zivilen Mission zu schaffen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS). Wir verlängerten das Bundeswehrmandat für den Einsatz im Südsudan in 2./3. Lesung mit namentlicher Abstimmung bis zum 31. März 2021. Das Mandat ist für die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses von Bedeutung. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin darin bestehen, sich mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen. Darüber hinaus kann deutsches Personal im Bedarfsfall die Ausbildung von VN-Angehörigen im Hauptquartier von UNMISS temporär unterstützen. Die Mandatsobergrenze soll dabei wie bisher bei 50 Angehörigen der Bundeswehr belassen werden. Aktuell sind 13 deutsche Soldaten im Rahmen der Mission im Einsatz.

Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Ganztagsfinanzierungsgesetz). Wir haben in 1. Lesung einen Gesetzentwurf beraten, mit dem das Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ errichtet werden soll. Das Sondervermögen ermöglicht Finanzhilfen des Bundes an die Länder für den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Der Bund stellt dem Sondervermögen einmalig 2 Mrd. Euro zur Verfügung, davon 1 Mrd. Euro im Jahr 2020



und 1 Mrd. Euro im Jahr 2021. Das Sondervermögen wird aufgelöst, nachdem die Finanzmittel verbraucht und die gesetzlichen Aufgaben des Sondervermögens erfüllt sind, spätestens am 31. Dezember 2028.

Zweites Gesetz zur Änderung des THW-Gesetzes. Wir haben in über eine Reform des THW-Gesetzes beraten. Mit dem Gesetzentwurf wird das THW-Gesetz an aktuelle und künftige Anforderungen angepasst und zur Stärkung des THW-Ehrenamts überarbeitet. Dazu sind insbesondere die Freistellungsregelungen moderat ausgedehnt worden, um die ehrenamtliche Mitarbeit im THW zu fördern. Mit Blick auf die bereits jetzt geltende Pflicht zur Freistellung von Helfern für THW-Dienste ist für die Wirtschaft allenfalls mit einem geringen zusätzlichen Erfüllungsaufwand von unter 100.000 Euro zu rechnen. Zudem sind einige Bestimmungen zum Datenschutz an die EU-Datenschutzgrundverordnung angepasst worden.

Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Das Gesetz schafft in 2./3. Lesung eine Grundlage für die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Geregelt werden u.a. Rechtsform, Stiftungszweck, die Organe der Stiftung und deren Vermögen. Die Stiftung wird dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen zu stärken und zu fördern. Hierzu soll die Stiftung unter anderem Serviceangebote und Informationen bei der Organisationsentwicklung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bereitstellen. Der jährliche Finanzbedarf der Stiftung wird auf 30 Mio. Euro geschätzt.

Landwirte in Berlin

Auf meine Einladung besuchten 45 Landwirte aus Celle und Uelzen zu agrarpolitischen Gesprächen die Bundeshauptstadt Berlin. Auf dem Programm standen Gespräche mit Albert Stegemann (Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Silvia Breher (Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und stellv. CDU-Bundesvorsitzende) und Gitta Connemann (stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) sowie Diskussionsrunden im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, beim Deutschen Bauernverband und mit mir. Dabei wurden die zu erwartenden Auswirkungen der neuen Düngeverordnung ebenso diskutiert, wie die zukünftigen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft. Mit Sorge wird von den Praktikern aus der Landwirtschaft gesehen, dass besonders die

kleinen bäuerlichen Familienbetriebe zukünftig zunehmend ihre Betriebe aufgeben werden. Dieses besonders, so in den Gesprächen erkennbar, da offensichtlich in den entscheidenden Institutionen, wie dem Umweltministerium, wissenschaftliche Erkenntnisse negiert und eher Lobbyverbänden gefolgt wird.

Abgerundet wurde das umfangreiche Programm durch eine Führung im Bundeskanzleramt und den Besuch einer Plenardebatte des Bundestages. Ich danke den Gästen aus der Landwirtschaft für ihren Besuch in Berlin. Unsere Landwirtschaft besitzt in der CDU eine hohe Wertschätzung und ist entscheidend für die hochqualitative Lebensmittelversorgung. Daher freut es mich, dass dieser Besuch die Gelegenheit bot zu einem intensiven Austausch zwischen Landwirtschaft und Politik.



Die Besuchergruppe vor dem Bundeskanzleramt.

Foto: Flasche

Bundestag für Besucher geschlossen!

Um die Corona-Epidemie zu verlangsamen und mögliche Ansteckungswege zu verhindern haben Bundestag, Bundesrat, Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und weitere Behörden in dieser Woche beschlossen, bis auf weiteres ihre Häuser für Besuchergruppen zu schließen.

Für den Bundestag heißt dies: Kuppel und Dachterrasse sind seit 10. März 2020 bis auf weiteres für den gesamten Besucherverkehr gesperrt. Das Dachgartenrestaurant bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Die Besuche angemeldeter Besuchergruppen im Deutschen Bundestag werden ab Montag, 16. März 2020, vorläufig bis Ende April 2020 ausgesetzt. Besuche, die für die laufende Woche angemeldet wurden, können wie geplant – allerdings ohne Besuch der Kuppel und Dachterrasse – stattfinden. Betroffen sind BPA-Fahrten ebenso wie Kontingentfahrten und

Fahrten, die auf sonstige Weise oder eigene Kosten finanziert werden. Soweit die Bedingungen für die Gewährung von Zuschüssen bei bereits gebuchten Reisen von Kontingentgruppen aufgrund der Aussetzung des Besuchsverkehrs im Deutschen Bundestag nicht eingehalten werden können, ist im Einzelfall eine Kompensation möglich. Im Rahmen des Möglichen sollen ausgefallene Besuche im Laufe des Jahres nachgeholt werden.

Die Ausstellung im Deutschen Dom ist im genannten Zeitraum vom 16. März bis Ende April nur noch für Einzelbesucher, nicht jedoch für Besuchergruppen zugänglich. Führungen finden nicht mehr statt.

Das BPA hat am 10. März 2020 angekündigt, BPA-Fahrten ab 16. März 2020 komplett auszusetzen.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis.





Die wichtigsten Unterschiede zwischen Coronavirus, Erkältung und Grippe

Symptome	Coronavirus	Erkältung	Grippe
Fieber	häufig	selten	häufig
Gliederschmerzen	manchmal	häufig	häufig
Halsschmerzen	manchmal	häufig	manchmal
Husten	häufig (trocken)	wenig	häufig (trocken)
Kopfweg	manchmal	selten	häufig
Müdigkeit	manchmal	manchmal	häufig
Niesen	nein	häufig	nein
Schnupfen	selten	häufig	manchmal



CDU

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Christoph Wilks



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle
Südwall 26
29221 Celle
Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

www.facebook.com/henningottecducleuelzen

Büro Uelzen
Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43
Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB

